

eigenen Gemeinden hinaus bekannt wurde.

Immer wieder wird die Frage gestellt, wie es denn nun eigentlich um die angebliche oder tatsächliche Benachteiligung von Kindern engagierter Christen hinsichtlich des Besuchs der Erweiterten Oberschule (EOS) oder gar der Universität bestellt sei. Das scheint in der Tat ein Problem zu sein, dem mit der üblichen Schwarzweißmalerei nicht beizukommen ist. Zweifellos machen die Schulbehörden kirchentreuen Familien Schwierigkeiten. Schüler, die der „Jungen Gemeinde“ angehören, den Religionsunterricht regelmäßig besuchen und an kirchlichen Veranstaltungen teilnehmen, wissen, daß sie besondere schulische Leistungen vorweisen müssen, um überhaupt in die nähere Auswahl für die EOS zu gelangen. Eltern freilich, die auf Grund ihrer Stellung, größerer Intelligenz oder eines außergewöhnlichen Stehvermögens die Aufnahme eines Kindes in die weiterführende Schule mit sehr starkem Nachdruck betreiben und sich dabei auf die Gesetze und Verordnungen sowie auf Aussprüche von Parteifunktionären berufen, haben nicht selten die Korrektur einer zunächst negativen Entscheidung in dieser Frage durchgesetzt.

Dennoch geht die tägliche Belastung durch permanente Indoktrination, durch die Erziehung zu Lüge und Haß weiter. Der Vater eines Kindes, das sich weigerte, ein in der Klasse eingeübtes Haßlied mitzusingen, wurde kürzlich von der Schulleitung einbestellt. Dort drohte man dem Kind Ausschluß aus der Schule und ihm selbst berufliche Konsequenzen an. Er wandte sich an die Kirche, die auch bereit war, ihm Persönlichkeitsschutz zu gewähren. Aber das erwies sich als schwierig. Zwar ist die Diskriminierung von Eltern und Kindern durch die Verfassung der DDR nicht gedeckt, aber ebensowenig für solche Fälle die Schutzfunktion der Kirche. Was ist mit der Kirche, die sich in einem derart schweren Gewissenskonflikt nicht schützend vor ihre Glieder stellt?

An den Grenzen der Belastbarkeit

Menschen von Sensibilität – und diesen mag Oskar Brüsewitz zuzurechnen sein – geraten unter solchem Druck in persönliche Krisen, die auch die kirchliche Gemeinschaft kaum noch auffangen kann. Die protestantische Kirche mit ihrem größeren Individualitäts-Spielraum und einer schwächer ausgeprägten Führungsstruktur muß hier wohl anfälliger sein als die katholische Kirche unter ihren stringenten Bedingungen der Diaspora. Die sich in dem Motto „Wir wollen Kirche nicht gegen, nicht neben, sondern im Sozialismus sein“ niederschlagende grundsätzliche Bereitschaft zur Kooperation mit den Kommunisten dürfte angesichts der Wirklichkeit in der DDR zusätzliche Frustrierungen auslösen.

Gewiß sucht man auch auf katholischer Seite nicht die Konfrontation, aber die Kirche hat sich bisher nicht dazu bereitgefunden, ihr Verhältnis zum Sozialismus näher zu definieren. Der einzige in der Öffentlichkeit bekannt gewordene Versuch dazu, das „Vorpapier 5“ der Pastoralynode der Jurisdiktionsbezirke in der DDR (Fachgruppe 5: „Apostolat und Weltendienst“), blieb auf der Strecke, nachdem die Bischöfe das Dokument mit den umstrittenen Passagen hatten zurückziehen lassen. Man sieht offenbar keine Veranlassung, sich auf das Glatt-eis so ambivalenter Formulierungen wie „Kirche nicht gegen, ... nicht neben ..., sondern im Sozialismus“ zu begeben. Muß nicht Kirche von ihrem Selbstverständnis her die Freiheit haben, ihre kritische Position zu Staat

und Gesellschaft wenigstens von Fall zu Fall herauszustellen? In Wirklichkeit tut dies ja auch die protestantische Kirche in der DDR. Was aber bedeutet dann die zwar griffige, im Grunde jedoch unverbindliche Standortbestimmung?

Es ist die Frage gestellt worden, ob es einen „Fall Brüsewitz“ auch in der katholischen Kirche der DDR geben könnte. Obgleich niemand dergleichen auszuschließen vermag, dürfte es doch eine Reihe von Gründen geben, die dagegen sprechen. Einmal ist die Gemeinschaft der Katholiken trotz der klassischen Diaspora-Situation – oder gerade deswegen – geschlossener als die der evangelischen Christen. Die hierarchische Struktur bietet zudem ein Bild größerer Zusammengehörigkeit. Die Bindungen des einzelnen Geistlichen an seine Kirche sind enger. Man hat untereinander mehr Kontakte, kennt und trifft sich. Die Bischöfe kennen ihre Priester. Der Vereinsamung, ein ernstes Problem der Diaspora mit ihren immensen Entfernungen von Gemeinde zu Gemeinde, wird durch eine Fülle von Begegnungen vorgebeugt: Dekanatstage, Wallfahrten, die regelmäßige Recollectio, Exerzitien, Einkehrtage usw. „Es hat zwischen Elbe und Oder noch nie so viele Wallfahrten gegeben wie heute“, sagte unlängst ein Kirchenmann. Zu welchen Konsequenzen der Freitod des Pfarrers von Zeitz im Verhältnis von Staat und Kirchen führt, ist noch nicht ersichtlich. Denkbar sind ebenso verschärfte Spannungen wie eine taktische Korrektur des kommunistischen Drucks auf die Christen. An eine nennenswerte Verbesserung der Situation glaubt niemand. E.-A.J.

Nur Burgfrieden zwischen Staat und Kirche in Polen

Viele Katholiken in Polen trauten ihren Augen kaum: Auf den ersten Seiten der offiziellen Zeitungen fanden sie am 11. September zum ersten Mal Auszüge aus einem Kommuniqué der Bischofskonferenz. Nur wenige Stun-

den nach der Veröffentlichung des Textes über die Sitzung der Bischöfe in Tschenschow durch das Büro des Episkopats hatte die amtliche Presseagentur PAP bereits die der Partei genehmigten Auszüge daraus verbreitet.

Hat der von der kommunistischen Führung unabhängige Episkopat in Osteuropa Frieden mit dieser Führung geschlossen?

In Krisen eine Art Aktionsgemeinschaft

Auf den ersten Blick könnte das so aussehen. Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Situation seien alle Bürger verpflichtet, zu deren Besserung beizutragen, heißt es in dem von den Zeitungen (zum Beispiel „Zycie Warszawy“, dem Gewerkschaftsblatt „Glos Pracy“ und der linkskatholischen Pax-Zeitung „Slowo Powszechnie“) veröffentlichten Teil des Kommuniqués über die 154. Plenarsitzung des polnischen Episkopats in Tschenstochau. Die Bischöfe appellieren an alle Bürger des Landes, solide zu arbeiten, für das Gemeinwohl Verzicht zu leisten und Ruhe und Ordnung zu bewahren. „Solide Arbeit ist eine moralische Pflicht und Verzicht können eine christliche Tugend“, heißt es darin. Bedingung aber sei dafür das „Vertrauen zur Führung“, das diese durch „wahre Sorge und Bemühungen um das Wohl aller Bürger“ erlange.

Angesichts der durch die Versorgungskrise hervorgerufenen Unzufriedenheit der Bevölkerung ist die Kirche der Regierung mit diesem Aufruf zur Ruhe zu Hilfe gekommen. Die Bischöfe beantworteten einen Appell des Parteichefs *Edward Gierek* vom 3. September in Mielec („Trybuna Ludu, 6. 9. 76), in dem dieser versicherte, es gebe keinen „Konflikt zwischen Staat und Kirche“ in Polen, „zwischen der Führung und fast der ganzen polnischen Geistlichkeit“. Nur einzelne Geistliche verhielten sich „unverantwortlich“. Sie aber könnten nicht über das Verhältnis zur Kirche entscheiden. *Gierek* gab in dieser vielbeachteten Rede, in der er vor allem auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Polens einging, zu, daß es „viele Millionen“ Gläubige in Polen gibt und daß dies nicht nur eine historische, sondern eine aktuelle Tatsache sei. Er appellierte an den Patriotismus der be-

wußt nationalen polnischen Katholiken und bot der Kirche Zusammenarbeit mit dem Staat „bei der Realisierung der wichtigen nationalen Ziele“ an. Ausdrücklich hob *Gierek* hervor, dies sei nicht nur sein eigener Standpunkt, sondern auch der des Politbüros und der höchsten staatlichen Behörden.

Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten scheint sich also – wie oft in schwierigen Zeiten in Polen – eine Art Aktionsgemeinschaft zwischen Kirche und Staat zu bilden. Auch *Gierek* predigt seinen Landsleuten immer wieder, sie müßten besser arbeiten, wenn sie besser leben wollten. Der Grund für diesen Schritt der Kirche liegt möglicherweise in dem nationalen Charakter der katholischen Kirche in Polen und dem dadurch bedingten politischen Verantwortungsgefühl für das Land. Die Kirche will auch nicht in den Verdacht geraten, in einer Opposition des „je schlechter, desto besser“ zu verharren. Dieser Aufruf überbrückt jedoch nicht die Gegensätze, die sich aus dem Anspruch der Kirche auf geistige Führung der Nation ergeben.

Dennoch deutliche Kritik des Episkopats

So veröffentlichten die Zeitungen nicht, welche Voraussetzungen das Bischofskommuniqué dafür nennt, daß ein wahres Vertrauensverhältnis der Bürger zur Führung entsteht: „Die Konferenz ist der Meinung, daß die Staatsführung voll die Bürgerrechte respektieren und einen wahren Dialog mit der Bevölkerung führen muß... Sie wendet sich an die höchsten Staatsbehörden, daß sie alle Repressionen gegen die Arbeiter unterlassen, die an den Protesten gegen die von der Regierung beabsichtigte, allzu überhöhte Anhebung der Preise für Lebensmittel teilnahmen. Den an diesen Protesten beteiligten Arbeitern muß man die ihnen genommenen Rechte, ihre gesellschaftliche und berufliche Position wiedergeben, das erlittene Unrecht entsprechend wiedergutmachen und den Verurteilten gegenüber eine Amnestie anwenden.“ Desglei-

chen wenden die Bischöfe sich gegen die Laizisierung und Atheisierung in Polen.

Der Grundkonflikt besteht also durchaus weiter. Seit der Machtübernahme durch Parteichef *Gierek* im Dezember 1970 hat der Staat sich bemüht, direkte Konfrontationen zu vermeiden. Vor Parteijournalisten hatte *Gierek* sogar ausdrücklich die Zwischenfälle von *Górki* in der Kampinosheide bei Warschau mißbilligt, als die Miliz kurz vor Ostern dieses Jahres eine ohne Genehmigung errichtete Kirchenbaracke einriß. Dabei kam es zu einer Prügelei mit der einheimischen Bevölkerung.

Nach außen zeigt die Führung sich seit 1971 eher konzilient. Der Kirche wurde das Eigentum an dem ehemaligen deutschen Kirchenbesitz in den Oder-Neiße-Gebieten übertragen, sie erhielt gewisse Steuerregelungen und in jüngster Zeit sogar sehr viel mehr Genehmigungen für den Bau neuer Kirchen. Nach Auskunft des staatlichen Kirchenamtes waren es von 1970 bis 1975 insgesamt 319 Genehmigungen. Im Streit um die Besetzung der nach dem Tode von Kardinal *Kominek* verwaisten Erzdiözese Breslau hatte letztes Jahr auch eher die Regierung nachgegeben, indem sie die Genehmigung für Erzbischof *Gulbinowicz* erteilte. In jüngster Zeit scheinen auch die Bemühungen der staatlichen Behörden nachgelassen zu haben, über das Haupt des polnischen Episkopats hinweg mit dem Vatikan direkt ins Gespräch zu kommen. In den Warschauer Amtsstuben hat man eingesehen, daß für die polnischen Gläubigen Kardinal *Wyszynski* die eigentliche Autorität ist. Dieser demonstriert das auch gerne gelegentlichen Besuchern aus Rom.

Große Beachtung in kirchlichen Kreisen Warschaus fand die Tatsache, daß die Regierung durch ihren Vertreter in der ständigen Arbeitsgruppe für die Beziehungen zwischen dem Vatikan und der Volksrepublik Polen, *Kazimierz Szablewski*, den Vatikan um ein Verbleiben *Wyszynskis* im Amt gebeten hat, als dieser am 3. August dieses Jahres 75 Jahre alt wurde und dem Papst pro forma seinen Rücktritt anbot. Zum Geburtstag schickte Mini-

sterpräsident *Piotr Jaroszewicz* Blumen, was auch die Parteipresse gebührend verzeichnete.

Subtiler und zugleich gefährlicher

Die Taktik der Ära Gierek ist subtiler als unter dessen Vorgänger Wladyslaw Gomulka und daher für die Kirche im Grunde gefährlicher. Das zeigen die Äußerungen des Vorsitzenden des staatlichen Kirchenamtes, *Kazimierz Kąkol*, am 5. Mai vor Parteijournalisten. Sie wurden in der Augustnummer der französischen Zeitschrift „Documentation Catholique“ abgedruckt und fanden große Beachtung im polnischen Episkopat. Darin hatte Kąkol versichert, er schäme sich, wenn Kommunisten anderer Länder ihn fragten, warum so viele Leute in Polen noch zur Kirche gehen. Zur Bekämpfung des Einflusses der Kirche seien jedoch gewaltsame Aktionen völlig ungeeignet, denn sonst würde die Kirche als eine belagerte Festung erscheinen, was sie nur noch populärer machen würde. Kąkols Rezept, das auch das Giereks sein dürfte, sind die Ganztagschule, mehr Vergnügungen, freie Wochenenden mit entsprechenden Kurzreisen und andere Annehmlichkeiten der Konsumgesellschaft. Dann werde die Kirche ähnlich wie im

Westen von selbst absterben. „Wenn wir die Kirche schon nicht vernichten können, so erlauben wir nicht, daß sie uns schadet“, versicherte er.

Um keine „Illusionen“ aufkommen zu lassen, hat Kardinal Wyszynski diese Äußerungen Kąkols am 20. August auf einer Tagung von Katecheten in Warschau ausführlich zitiert. Manchmal glaube die Kirche in kleinen Gesten der Regierung Anzeichen für bessere Zeiten zu sehen, meinte er. Auch wünsche die Kirche weiter die Normalisierung. „Aber wir dürfen eines nicht vergessen: das System des dialektischen Materialismus herrscht weiter.“ Allerdings habe der Kampf heute weniger doktrinären als politischen Charakter.

Daß Wyszynski trotz seiner relativen Zurückhaltung im Streit um die Verfassungsreform Anfang des Jahres und nach den Arbeiterprotesten gegen die Pläne für Preiserhöhungen für die Regierung weiter kein bequemer Partner ist, zeigte auch seine Predigt vom 26. August in Tschenstochau. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten bei der Umgestaltung Polens führte er auf das Mißtrauen des Volkes zur Führung zurück. Diese müsse ihren Regierungsstil milder gestalten. Mehr als deutlich rief er in die am Paulinerkloster aufgestellten Lautsprecher: „Hört auf mit der Quälerei! Unser Vaterland hat davon genug erlebt in den Zeiten

der Besatzung. Es ist höchste Zeit, daß nach 30 Jahren, die wir im eigenen Vaterland leben, endlich Ruhe, Freiheit, Gerechtigkeit und Achtung vor dem Menschen herrschen.“ Er forderte die Auflösung der Hälfte der Gefängnisse und die Beschäftigung des Sicherheitspersonals mit „edlerer Arbeit“.

Wie in Warschau zu hören war, soll Wyszynski von einem Teil der Geistlichkeit gedrängt worden sein, zu den Zwischenfällen Stellung zu nehmen. In der polnischen Kirche scheint sich in letzter Zeit eine gewisse Differenzierung abzuzeichnen. Während Wyszynski nach den Demonstrationen vom 25. Juni und den anschließenden Prozessen zunächst schwieg, fielen vor allem im Süden des Landes von den Kanzeln sehr harte Worte gegen die Regierung. Als einer der heftigsten Kritiker der kommunistischen Führung gilt der Bischof von Przemyśl, *Tokarczuk*. In Kreisen polnischer Intellektueller hört man in letzter Zeit manchmal die Vermutung, daß der Regierung die national betonte Richtung des Primas Wyszynski im Grunde ganz gut passe, denn sie stimme mit manchen Tendenzen in der Parteiführung überein. Auch der Kardinal mahnt die Jugend, nicht kritiklos den Westen nachzuahmen, sondern sich auf die eigene, nationale Kultur zu besinnen.

R. M.

Gesellschaftliche Entwicklungen

Beschränkung intellektueller Freiheit?

Zur Zerrüttung der österreichischen Presse-Landschaft

Die österreichische Media-Analyse 1976, die Ende August erschien, bestätigte den schon seit Jahren erkennbaren Trend: Die Starken werden stärker, die Schwachen schwächer, die Pressekonzentration nimmt noch weiter zu. Nun, ähnliches ist in fast allen westeuropäischen Ländern zu beobachten. Das Besondere an der Lage des Zeitungswesens in Österreich ist jedoch die Vehemenz dieser Ent-

wicklung, die die Gefahr totalitärer Züge in sich trägt, und die zunehmende Verfilzung der Massenmedien mit kapitalkräftigen Gewerkschafts- und Wirtschaftsverbänden. Damit erhält der Zustand der Medien besondere politische Relevanz. Das ganze Ausmaß der Folgen dieser schwerwiegenden Entwicklung kann im einzelnen heute noch gar nicht abgeschätzt werden.